

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Zugangspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 R. monat. Einzelne Rtn. 30 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2,50 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 6 R., unter Eingekauft 6 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 274

Freitag, 25. November

1921

Gegen den Wucher.

Der preussische Minister des Innern Everding hat an die preussischen Regierungspräsidenten und an den Polizeipräsidenten von Berlin folgenden Erlaß gerichtet:

Mein Herr Amtsvoorgänger hat mit dem Erlaß vom 14. September 1921 (II L. P. 1731) die nachgeordneten Polizeibehörden angewiesen, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften den wucherischen Preissteigerungen, die sich im Verkehr mit Gegenständen des täglichen Bedarfs allenthalben bemerkbar machen und im steigenden Maße weite Kreise des Volkes auf schwerste beunruhigen, entgegenzutreten. Die seitdem eingetretene weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Lage veranlaßt mich, diesen Erlaß, der nur die unläutersten Elemente treffen sollte, in Erinnerung zu bringen. Es ist Pflicht der Polizei, der weiteren wucherischen Ausbreitung der ohnehin unter der wirtschaftlichen Lage schwer leidenden Bevölkerung entgegenzutreten und auch die realen Erzeuger und Händler vor Schädigungen und Angriffen zu schützen, daß die schamlosen Wucherer und Schieber aus ihren Kreisen entfernt werden. Ich ersuche daher, den Erlaß meines Herrn Amtsvoorgängers mit aller Entschiedenheit unter Anspannung der gesamten Polizei zur Durchführung zu bringen, insbesondere auch die angeordnete Mitwirkung der Schutzpolizei, in der sich viele auf Grund ihrer früheren Tätigkeit für die Aufzucht geeignete Kräfte befinden, planmäßig auszunutzen und zu steigern. Die Beamten der Schutzpolizei werden in noch weiterer Weise herangezogen werden können, als dies in dem Erlaß vom 14. September d. J. vorgesehen ist; sie werden mit bestimmten Anweisungen zur Befestigung offenkundiger Wucherfälle zu versehen sein, ferner zweckmäßige Vernehmungen haben können, wenn es sich um die Erfassung von Warenbeständen handelt, die bei Erzeugern oder Händlern in der Absicht der Preissteigerung zurückgehalten werden. Die Schutzpolizeibeamten werden durch besondere Unterweisung schleunigst über die ihnen von gestellten Aufgaben zu belehren sein. Die Ermittlungen in Ladengeschäften beauftragten Beamten sollen allerdings in möglichst unauffälliger Weise einschreiten, jedoch jede Aufregung des Publikums gegen die Ladeninhaber durch die polizeiliche Maßnahme selbst vermeiden, andererseits aber mit der nötigen Bestimmtheit gegenüber dem Inhaber vorgehen, sobald eine völlige Klarstellung des Verhältnisses seiner Einkaufspreise zu den geforderten Verkaufspreisen erreicht wird. Ergeben sich Zweifel hinsichtlich der Identität der zum Verkauf gehaltenen Ware mit der durch Einkaufsbelege nachgewiesenen, besteht also der Verdacht, daß für diese, zu niedrigeren Preisen erhaltene Ware Einkaufsbelege aus jüngerer Zeit mit höheren Preisen vorgezeigt werden, so erscheint eine gründliche Geschäftskontrolle durch befähigte Kräfte unter Hinzuziehung von Vertrauensleuten aus Kreisen des realen Handels geboten. Falls die Einkaufspreise der Kleinhandler in ihrer Höhe zu Bedenken Anlaß geben, sind die Ermittlungen, gegebenenfalls unter Abtrennung des mit größter Beschleunigung zum Abschluß zu bringenden und sobald der Staatsoberbehörde zuzuführenden Verfahrens gegen den Kleinhandler, auch gegen die Verkäufer der Ware bis zum Erzeuger oder Importeur zu erstrecken. Bei diesen weitergehenden Ermittlungen ist auch auf den Gesichtspunkt der Zurückhaltung der Waren in der Absicht der Erzielung eines übermäßigen Gewinnes zu achten. In solchen Fällen sind die etwa noch am Lager befindlichen Vorräte rücksichtslos zu beschlagnahmen und zur abschließenden Verwendung zuzuführen. Von besonderer Bedeutung ist es, daß die gesetzlichen Bestimmungen gegen den Wucher nicht nur in den Großstädten scharf gehandhabt werden. Dies würde die unerwünschte Folge zeitigen, daß die Ware, nach der allenthalben dringender Bedarf besteht, von den Großstädten ferngehalten und nur in den Kleinstädten wie auf dem Lande zum Absatz gebracht würde. Dem kann, wie überhaupt dem Wucher, nur dadurch vorgebeugt werden, daß überall in gleicher Weise eingeschritten wird. Bei der Anwendung des Erlasses vom 14. September 1921 ist es als besonderer Mangel empfunden worden, daß den Polizeibeamten nicht zahlenmäßige Angaben über die zulässigen Preise in Form von Höchst- und Richtpreisen gemacht werden konnten. Soweit nicht andere zuverlässige Unterlagen für die Preisermessung gegeben sind, ist unter anderem diejenige Preisfestsetzung, die in den vom Staatsoberkommissar für Volksernährung angeordneten Lieferungsverhandlungen zwischen Erzeugern und Verbraucherverbänden getroffen worden ist, bei den Unterweisungen der Beamten als Anhalt für die zulässigen Preisätze zu verwenden. Für den Antisoffelhandel insbesondere werden sich solche Anhaltspunkte aus den Gutachten ergeben, die von dem gemäß dem Erlaß des Staatsoberkommissars für Volksernährung vom 10. November

Der Weg Dr. Wirths.

Die Washingtoner Konferenz ist in einem merkwürdigen Zusammenhang mit der deutschen Kreditaktion getreten. Der Reichskanzler Dr. Wirth hat dies im Steuerauslaß mit den Worten ausgedrückt: „Gründliche Ausichten für eine langfristige Kreditaktion auf dem Weltmarkt eröffnen sich erst dann, wenn die Washingtoner Atmosphäre sich etwas gelockert haben wird.“ Das soll heißen, daß Gelder in Amerika und England für uns zu Wiedergutmachungszwecken erst dann frei werden, wenn sie nicht „in den großen Abgrund des Weltkredits hineintrutschen“. Sollen wir nun warten, bis die Entscheidungen in Washington gefallen sind? Wir können das einfach nicht. Die Reparationskommission ist mit der drohenden Abschiedserklärung abgereift, daß sie am 15. Januar 1922 die prompte Bezahlung der schuldigen 500 Millionen Goldmark von Deutschland erwarte. Diese 500 Millionen, und was dann noch kommt, durch langfristigen Kredit aufzubringen, ist undenkbar, nachdem man mit dem früheren Kredit, der schließlich in Devisen bezahlt werden mußte, so schlechte Erfahrungen gemacht hat. Es bleibt nur der Ausweg eines Zwischenschritts. Auf diesen Ausweg ist die Reichsregierung jetzt gekommen, ihm gelten alle Bemühungen der amtlichen Stellen. Sicher ist, daß wir ohne Auslandskredit die nächste Reparationsrate nicht aufbringen. Das Ausland gewährt aber einen Zwischenschritt nur, wenn Aussicht besteht, daß er später konsolidiert werden kann. Für diese Konsolidierung muß die deutsche Regierung schon jetzt den Boden bereiten. Sie muß private oder staatliche Sachwerte (oder beides zusammen) als Pfandobjekt bereitstellen. Wer hilft ihr dabei? Die Zurückhaltung der Industrie, die Bedingungen, die sie an ihre Kredithilfe knüpfen wollte, haben auf die Reparationskommission, wie der Reichskanzler mitgeteilt hat, außerordentlich verhängnisvoll und enttäuschend gewirkt. Daß der Reichsverband der Deutschen Industrie rasch einlenkte und Dr. Wirth es vermied, die Brücke der Verständigung abzubrechen, ist den Herren der alliierten Schuldenkommission offenbar entgangen. Jedenfalls fährt die Regierung fort, die neuen Vorschläge zu prüfen, und es ist ihre letzte Sorge, daß beim Scheitern der Verhandlungen über die Kredithilfe endgültig und ohne weiteres an die Erfassung der Sachwerte herangegangen wird. Durch die Erfassung der Sachwerte soll das Reich zu einem Viertel an den großen werdenden Vermögen beteiligt werden. Es wird dadurch zum Weltmarktführer der großen Erwerbsgesellschaften. Die anerkannte und von ihr selbst betonte Kreditfähigkeit der Industrie überträgt sich damit zum Teil auf das Reich. Nun hat in der Aussprache über die Reichskanzler-Erklärung der Vertreter der Deutschen Volkspartei, also der von der Erfassung der Sachwerte am stärksten betroffenen Kreise, Abg. Dr. Hugo, vor einem Eingriff des Reiches in die Substanz der Volkswirtschaft nochmals ausdrücklich gewarnt. Durch die Erfassung der Sachwerte werde an der deutschen Wirtschaft ein so gefährlicher Abbruch vorgenommen, daß er vielleicht tödlich wirken könne. Diese Bedenken sind nicht von der Hand zu weisen, und sogar der „Vorwärts“ schließt sich ihnen „bis zu einem gewissen Grade“ an. Aber die Notlage ist eben so groß geworden, daß man zu der gefährlichen Operation schreiten muß. Das Reich handelt sozusagen im juristischen Notfall. Es gefährdet den Bestand der wirtschaftlichen Blüte, um sich selber kredit-

fähig zu machen. Es riskiert einen Verlust an wirtschaftlicher Kraft, um mit dem Rest des Bestehenden den politischen Zusammenhalt des ganzen Volkes zu retten. An der Einsicht und Opfertätigkeit der Industrie liegt es, diese gefährliche Operation zu vermeiden, nämlich, indem sie freiwillig Pfänder für den Kredit hergibt. Sie hat dabei die Vorhand. Sie kann sachkundiger als die Reichsverwaltung ausfallen. Bei der Erfassung der Sachwerte durch das Reich wird sich sofort der Auslandskredit einmischen und ohne Rücksicht auf die Zukunft der deutschen Entwicklung die für ihn besten Pfänder auswählen. Die politische Klugheit, die bei dem ersten an unmögliche Bedingungen geknüpften Kreditangebot der Industrie gefehlt hat, muß dahin führen, daß sich Regierung und Privatwirtschaft verständigen. Man muß der Regierung Wirth das Zeugnis ausstellen, daß sie die kluge Herrschaft der letzten Tage mit Geschick und großer Selbstbeherrschung durchgeführt hat, und daß der Reichskanzler auf dem rechten Wege ist, wenn er immer noch einmal die Einigung und nicht den Kampf herbeizuführen sucht.

In seiner Rede im Steuerauslaß des Reichstags hatte der Reichskanzler Dr. Wirth darauf hingewiesen, daß die Regierung die Beschaffung eines Kredits durch Sondierungen bei Finanzleuten in England und Amerika zu fördern beabsichtigt. Wie hierzu berichtet wird, haben die Verhandlungen des von der Regierung nach London entsandten Vertrauensmannes gute Fortschritte gemacht, sobald die Bemühungen der Regierung, aus eigenen Mitteln die Kreditaktion zu finanzieren, vielleicht zum Ziele führen. Das Angebot der deutschen Industrie habe daher zurzeit wenig Aussicht auf Annahme. Es besteht zwar die Absicht, der Industrie eine Beteiligung an der Kreditaktion zu gestatten, jedoch sollen hiermit keinerlei Bedingungen der Industrie verknüpft werden.

Im Steuerauslaß des Reichstags wurde gestern die Aussprache über die Forderung des Reichskanzlers hinsichtlich des Reparationsproblems fortgesetzt. Der Abg. Bernstein (So.) begründete die Forderung nach Erfassung der Sachwerte. Er sprach sich über die Ausführungen des Abg. Dr. Herz (L. S.) bei, daß die Überforderung hierdurch nicht mehr eintreten würde, als es schon jetzt der Fall sei. Nur würde bei Erfassung der Sachwerte die Überforderung geteilt werden, sobald es auch möglich wäre, sie einzuschneiden. Die Erfassung könnte geschehen durch Beteiligung des Reiches an den Einnahmen der industriellen Unternehmungen, die in Anteilscheinen sichergestellt werden müßten. Nur bei solcher Erfassung der Sachwerte, die als Deckung unserer schwebenden Schuld gesichert ist, sei eine Erholung der Mark zu denken. Im Gegensatz zum Abg. Bernstein wandte sich der Abg. Dausch (D. Sp.) gegen eine Erfassung der Sachwerte. Die Beteiligung des Reiches an den Sachwerten ohne Risiko würde jede Kapitalbildung unmöglich und uns vom ausländischen Kapital abhängig machen. Eine Verminderung der Substanz sei Selbstmord. Auch der Kredit würde auf diese Weise untergraben. Weder vermies auf frühere Erfahrungen valutarmer Staaten, die uns warnen sollten. Auch der Abg. Dr. Helfferich (Dnt.) lehnte die Erfassung der Sachwerte ab. Das Schlagwort von der Erfassung der Sachwerte müsse verschwinden. Jede Erfassung der Sachwerte, wie man sie auch vornehmen möge, sei ein Eingriff in die Substanz.

1921 (VI a 3163) durch die Oberpräsidenten zu beschleunigen Sachverhandlungen erstattet werden. Auch bei dieser Gelegenheit bringe ich die gesetzlichen Bestimmungen, welche die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel bezwecken, erneut in Erinnerung. Die Kreise des Handels beklagen sich selbst über die Durchsetzung ihres Standes mit ungeordneten und unzuverlässigen Elementen. Eine scharfe Handhabung dieser Bestimmungen dient also nicht nur dem Besten der unter ihrem Treiben besonders leidenden Verbraucher, sondern auch dem des Handels selbst. Endlich weise ich darauf hin, daß von den mit der Wucherungsverfolgung befaßten Behörden auch die tatkräftige Hilfe rechtlich denkender Kreise des Volkes in Anspruch genommen werden muß. In diesem Sinne müssen vertrauenswürdige Vertreter der Erzeuger,

unter ihnen der Landwirte, weiter der Händler und der Verbraucher in weitem Umfange zur Mitarbeit herangezogen werden. Der Verbraucher vollends hat bei seinen täglichen Einkäufen am ehesten Gelegenheit, auffällige Preissteigerungen festzustellen. Allen solchen Anzeigen ist mit Eifer nachzugehen. Andererseits ist allen Arten der Selbsthilfe der Verbraucher vorzuzubringen und gegebenenfalls allen Forderungen von Geschäftern schnell und mit Nachdruck entgegenzutreten; durch reichhaltigen und zeitigen Einfluß von Schutzpolizei muß die Sicherheit der Verkaufsstellen und der Inhaber unbedingt gesichert werden. Um die Einheitlichkeit in der Provisierung zu fördern, ersuche ich, bei allen grundsätzlichen Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten vorzugehen.

Die Neuregelung des Amtsblattwesens.

Von Oberregierungsrat Dr. Ernst Boehm.

Das Interesse an den Bekanntmachungen, Befehle, Verfügungen, Verordnungen und Regulative erlangen bindende Kraft für Dritte erst durch ihre Bekanntmachung; andernfalls binden sie nur die Behörden. Das ist ein im Grunde selbstverständlicher Rechtsatz. Reichs- und Landesgesetze regeln im einzelnen, auf welche Weise die Bekanntmachung geschehen muß, um rechtswirksam zu werden. Eine besondere politische Wichtigkeit hat das Bekanntmachungsverfahren namentlich bei unteren Behörden bestritten erlangt, weil es mit mancherlei Interessen des Pressewesens bräutet ist.

Man kann die behördlichen Bekanntmachungen nach ihrer praktischen Bedeutung in etwa drei, wenn auch nicht scharf zu trennende Gruppen einteilen.

Die erste Gruppe umfaßt solche, in denen das Eintreten eines neuen Rechtszustandes, eine nummernmäßig gegebene Tatsache bekanntgemacht werden oder etwa mitgeteilt wird, daß eine Behörde bei bestimmter Gelegenheit in bestimmter Weise verfahren werde, ohne daß es sich dabei um orientierende Interessen breiterer Schichten des Volkes handelt: Eine Eintragung in das Güterrechtsregister, das Handelsregister ist erfolgt, ein Konkursverfahren eingeleitet, die Zuständigkeit einiger Behörden geändert worden, eine Strafe wird für eine bestimmte Zeit gespart oder hat einen Namen erhalten, ein Beamter ist auf einen anderen Posten berufen worden. Derartige Dinge pflegen die zunächst Beteiligten auch auf anderem Wege zu erfahren, als durch die Bekanntmachung in der Presse. Die Unkenntnis über sie mag gelegentlich Unbequemlichkeiten zur Folge haben; doch die wirklichen Schäden verursacht, gehört immerhin zu den Ausnahmen. Die Bedeutung derartiger Bekanntmachungen ist daher überwiegend formaler Art.

Die zweite Gruppe bilden solche, deren Inhalt für je nach Lage des Falles bestimmte, aber enge Kreise von Beteiligten Bedeutung besitzt und ihnen oft nur durch die Bekanntmachungen in der Presse bekannt zu werden pflegt. Hierher gehören z. B. die Ausschreibungen zu vergebenden Arbeiten (Erd-, Maurer-, Zimmerarbeiten u. ä.), die Anderräumung oder Abiegung von Terminen und Sitzungen, die Erklärung der Unwirksamkeit bestimmter Lizenzen und Pässen. Der beruflich an solchen Bekanntmachungen interessiert ist, pflegt die Bekanntmachung des in Betracht kommenden Blattes genau daraufhin zu verfolgen, so daß der Bekanntmachungszweck in der Regel erreicht wird.

Die dritte Gruppe der Bekanntmachungen besteht aus solchen, die sich an die allerweitesten Kreise wenden, gelegentlich sogar jeden einzelnen Staatsbürger unmittelbar angehen, und deren Zweck meist ist, die beteiligten Leser zu bestimmten Handlungen zu veranlassen, die in ihrem oder auch im öffentlichen Interesse liegen: Die Ausführungsbestimmungen für die politischen Wahlen, die Bekanntgabe öffentlicher Impfungen, die Verteilung von Lebensmittel und Verbrauchsgütern, die Aufforderung zum Einreichen von Einkommensdeklarationen, Steuerbefreiungen und andere Bekanntmachungen der Staatsoberbehörde und der Polizei, die der Aufstellung von Verbänden dienen sollen, die Verhängung von Hundesteuern, die Anweisungen zu Schutzmaßnahmen gegen Seuchengefahr gehören hierher.

Bei den Bekanntmachungen der ersten beiden Gruppen — man mag immerhin darüber streiten, ob eine Bekanntmachung im Einzelnen zu ihnen gehört oder nicht — ist die Auslassung der Bekanntmachungszettel, in dem sie abgedruckt werden, von geringerer Bedeutung. Wichtig ist aber, daß der Öffentlichkeit bekannt ist, in welchem Blatte solche Bekanntmachungen zu erwarten stehen, und daß das Blatt in den Kreisen der vornehmlich Betroffenen tatsächlich verbreitet ist. Es wird sich hierbei im allgemeinen um die politische und wirtschaftlich führenden Kreise handeln, z. B. um öffentliche Körperschaften, Rechtsanwältinnen, Unternehmern und selbständige Gewerbetreibende, aber auch um andere, nicht unmittelbar beteiligte, doch aber am Sachstande interessierte Behörden. Ganz anders liegt es bei den Bekanntmachungen der dritten Gruppe. Ihre Verbreitung kann gar nicht weit genug sein. Die Behörden wenden

fast gemindert. Wenigstens waren der Polizei...

Oberschlesien.

Gestern vormittag wurde im Rittersbundslokal in Gens die deutsch-polnische Konferenz...

An Stelle des Wittl. Legationsträgers v. Rejzer, der beurlaubt worden ist, ist der frühere deutsche...

Der polnische Minister des Innern Sepering hat entschieden, daß der dem Zentrum angehörige...

Der Vorsitzende der deutsch-polnischen Konferenz Calonder will auf der Reise nach dem...

Wie aus Prag gemeldet wird, befragt eine Interpellation des deutschen parlamentarischen...

Das Steuerprogramm der Gewerkschaften.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Fabrik und Vertreter der beiden sozialistischen...

Eine Dauer Sitzung im preussischen Landtag.

Die gestern mittag begonnene Sitzung des preussischen Landtages dauerte bis heute früh 1/2 Uhr...

Bayern gegen die Reichsjustizhoheit.

Der Staatshaushaltsausschuß des Bayerischen Landtags befaßte sich gestern mit dem Beschlusse...

Kleine Nachrichten.

ak. Leipzig, 24. November. Gestern wurden in dem Städtischen Kommuniprozess die Verhandlungen...

Berlin, 24. November. In Lichtenburg verweigern nur noch vier Gefangene die Nahrungsaufnahme...

Der „Reigen“-Prozess wird ein parlamentarischer Nachspiel haben. Im Preussischen Landtage...

Hamburg, 24. November. In der Hamburger Bürgerschaft kam es bei einer Anfrage der Kommunisten...

München, 23. November. Die Mitglieder des Internationalen Arbeiterkongresses von Gens...

Die Washingtoner Konferenz.

Die neuen Garantien Deutschlands. Die Versicherung des deutschen Geschäftsträgers in Washington...

Die Frage der Rückerstattung zu Lande. Wie der Sonderberichterstatter der Agence Havas aus Washington meldet...

Die französischen, japanischen und italienischen Forderungen. Wie der Washingtoner Sonderberichterstatter des New York Herald...

Die Probleme des fernern Ostens. Einer Erganzungsmeldung aus Washington zufolge erklärte Admiral Kato...

Die Lage in Triest.

Triest, 24. November. Wie die „Grazer Tagespost“ aus Triest meldet, ist die gesamte Arbeiterkraft der Schiffbauindustrie...

Wiktur albanischer Behörden.

Tirana, 24. November. Einer Zeitungsmeldung aus Florenz zufolge teilte der dort eingetretene Konsul...

Zusammenkunft des Obersten Rates.

Paris, 24. November. Nach der „Chicago Tribune“ soll in der zweiten Woche des Januar der Oberste Rat...

Die Postkammerkonferenz.

Paris, 24. November. Über die gestern vormittag unter dem Vorsitz des Jules Cambon abgehaltene Sitzung...

habe ferner über verschiedene Fragen im Rahmen der Ausführung der Friedensverträge verhandelt.

Hugo Stinnes in London.

London, 24. November. Laut „Daily Telegraph“ verließ Hugo Stinnes mit den Ministern in Richtung zu kommen...

Verlobung der Tochter des englischen Königs.

London, 24. November. Die einzige Tochter des englischen Königs, Prinzessin Mary, verlobte sich mit dem Viscount Lascelles...

Die Möglichkeit des Rücktritts Lord Curzons.

London, 24. November. „Evening News“ veröffentlicht die Mitteilung eines Korrespondenten, der zufolge von der Möglichkeit des Rücktritts Lord Curzons...

Die Unruhen in Belfast.

London, 24. November. Blättermeldungen aus Belfast zufolge betragen die Verluste bei den gestrigen Zusammenstößen in Belfast 11 Tote...

Friedensvorschlüsse der britischen Regierung für die Türkei und Griechenland.

London, 24. Nov. „Daily Express“ meldet aus Konstantinopel: Türkische amtliche Kreise erklären, daß die Forderung der britischen Regierung...

Die belgische Kammer.

Brüssel, 24. November. Die neue Kammer wird sich endgültig wie folgt zusammensetzen: 82 Katholiken, 66 Sozialisten, 33 Liberale...

Der deutsch-belgische Schiedsgerichtshof.

Brüssel, 24. November. Nach einer Meldung der Agence Belge hielt der durch den Berliner Vertrag angelegte gemischte deutsch-belgische Schiedsgerichtshof...

Eine internationale Sozialistenkonferenz.

Brüssel, 24. November. Wie die Agence Belge meldet, hat der Vollausschuß der 2. Internationale...

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 24. November.

* In der Gesamtsitzung am vergangenen Mittwoch ist beschlossen worden, dem Staat als Abfindung für die ihm durch Auspatung der Polizeiwachen...

aus den Beständen des Lebensmittelamts oder in Barbeträgen bestehen. Die Durchführung im einzelnen wird dem Polizeiamt überlassen.

Der frühere Gemeindevorstand Laug in Dresden-Niedergorbitz ist auf sein Ansuchen von dem Amte als Friedensrichter für den Bezirk Dresden-Ober- und Niedergorbitz sowie die Gemeinde Köpitz mit Reunimptsch, Juchow und den roten Häusern abgetrennt und mit dem Bezirke Dresden-Kaupitz ufm. (Friedensrichter Schrotz, Altmühl 7) vereinigt worden.

Die Viehzählung am 1. Dezember hat sich auf Pferde, Maultiere und Maultiere, Esel, Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Ferkel, Kaninchen und Hühner auf 1. Dezember 1921 im Vergleich mit dem 1. Dezember 1920 um 1,5 Prozent erhöht.

Ministerialrat Dr. Wulffen sprach gestern im Gemeindevorstand in Dresden über das Thema „Im Reich des Traumes“. In geistvoller Weise zeichnete er durch seine kriminalpsychologischen Schriften und belletristischen Werke bekannte Redner ein Bild von dem jetzigen Stand der Traumphysiologie.

Der Landesverein Sächsischer Heimatklub hat in seinem Sitzungszimmer Dresden, Altstadt, Schlegelstraße 24, 1. Treppe, eine Weihnachts-Spielwaren-Ausstellung veranstaltet, die eines Besuches wert ist.

Im Dresdner Philologen-Verein sprach Studentent Dr. Händel über die „Bedeutung der Sprachkunde über die Schule und Leben“.

Am 23. November 1921. Ein schwerer Automobilunfall hat sich auf der Landstraße 104 in Dresden ereignet.

Am 23. November 1921. Am Montag vormittag 10 1/2 Uhr explodierte im Bau 34 des alten Werkes der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik beim Komprimieren eine Wasserstoffkugel.

Am 23. November 1921. Das Gebäude der Leipziger Landesbibliothek ist, wie noch gemeldet wird, vollständig niedergebrannt.

Am 23. November 1921. Auf dem Wege von Lössau nach der Löbauer Mühle ist die in den 30er Jahren lebende Leichenfrau Frida Kohl, Kriegervitwe und Mutter von 5 Kindern, von einem Unbekannten überfallen und durch sechs Revolverkugeln schwer verletzt worden.

Die beiden Feiertagskonzerte am Totensonntag im Aufführungspalast fanden bei dem zahlreichen Publikum sehr dankbare Aufnahme.

Die nächste Sitzung des Landtags findet morgen, Freitag, den 25. November, früh 10 Uhr statt.

Sächsische Angelegenheiten.

sk. Leipzig. Die zum städtischen Verkauf von Kartoffeln für Rinderbemittele als Berechnungsgeld bewilligten 2 Mill. M. sind von der Stadt auf 5 Mill. M. erhöht worden.

In Altlandsberg bei Berlin ist im Alter von 63 Jahren der Begründer und langjährige Leiter des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen Georg Hiller gestorben.

Chemnitz. Auf der staatlichen Kraftwagenlinie Penig-Hartmannsdorf-Chemnitz ist jetzt der Verkehr wieder ausgenommen worden, während der Verkehr auf der Linie Wittweida-Burgstädt-Limbach in den nächsten Tagen wieder voll aufgenommen werden soll.

Oberwiesenthal. Die Sportverhältnisse auf den sächsischen Winterportplätzen sind augenblicklich bis auf Oberwiesenthal nicht sehr günstig.

Saxha. In gemeinschaftlicher Sitzung haben die städtischen Kollegien zu Saxha die Einführung einer Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1921/22 beschlossen.

Limbach. Die Stadtverordneten zu Limbach haben sich in ihrer letzten Sitzung mit der Aufnahme einer Anleihe von 3 1/2 Mill. M. bei der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden einverstanden erklärt.

Meerane. In Meerane nimmt die Wohnungsnot katastrophalen Umfang an.

Meißen. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Meißen hat 300 000 M. aus Bezirksmitteln zur Durchführung einer Hilfsaktion für die Klein- und Sozialrentner des Bezirks bewilligt.

Tageschronik.

Werdau. Zu dem bereits gestern gemeldeten Eisenbahnunfall auf Bahnhof Kofel wird noch mitgeteilt: Der Güterzug 8497 stieß bei der Einfahrt dem ausfahrenden Güterzuge 5304 in die Planke.

Berlin, 23. November. Vor dem Schwurgericht hat der Prozeß begonnen gegen den Polizeiwachmeister Erben und den Polizeihauptwachmeister Mayer von der Hundertschaft zur besonderen Verwendung, die beschuldigt sind, am 15. Juni 1921 den Oberwachmeister Buchholz getötet zu haben.

Gienach, 23. November. Ein schwerer Automobilunfall hat sich auf der Landstraße 104 in Dresden ereignet.

Ludwigsfelde, 23. November. Am Montag vormittag 10 1/2 Uhr explodierte im Bau 34 des alten Werkes der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik beim Komprimieren eine Wasserstoffkugel.

Zeitz, 23. November. Das Gebäude der Leipziger Landesbibliothek ist, wie noch gemeldet wird, vollständig niedergebrannt.

Schleiz, 23. November. Auf dem Wege von Lössau nach der Löbauer Mühle ist die in den 30er Jahren lebende Leichenfrau Frida Kohl, Kriegervitwe und Mutter von 5 Kindern, von einem Unbekannten überfallen und durch sechs Revolverkugeln schwer verletzt worden.

Vom Landtage.

In der heutigen Sitzung des Landtags wurde zunächst die Anfrage des Abg. Heßlein (Zent.) (Christl. Volksp.) den Besuch katholischer Schulen und Abhaltung von Religionsprüfungen durch den Bischof von Meißen betr., erledigt und Johann in der Etatberatung fortzuführen.

Die nächste Sitzung des Landtags findet morgen, Freitag, den 25. November, früh 10 Uhr statt.

Kunstanzeigen.

Mitteilung der Sächsischen Staatstheater. Schauspielhaus. Lothar Rehnert, der schon seit einer Reihe von Wochen erkrankt ist, wird laut ärztlichem Gutachten voraussichtlich noch mehrere Monate außerlands sein, seine künstlerische Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Freitag, den 25. November, nächste Wiederholung des Dramas „Armand Carrel“ von Max Heimann in der Besetzung der Uraufführung. Spielleitung: Verthold Viertel. Anfang 8 1/2 Uhr.

Das Zentraltheater hat für die diesjährige Spielzeit das lustige Waldmärchen „Rüchel, der Rühnader“ von dem bekannten Märchenbildner Paul Hermann Hartwig als Uraufführung gewählt.

Kath. Kreuzbündnis. Sonntag, den 27. November, 1/8 Uhr großer Saal des Gesellschaftshauses, Kauerstraße. Vortrag: Ludwig Flehner spricht frei aus dem Gedächtnis „Julius Cäsar“, Trauerspiel von Shakespeare.

Volkswirtschaftliches.

Die Reichsbanknoten zu 50 M. vom 30. November 1918.

Die Reichsbanknoten zu 50 M. vom 30. November 1918 (stetiglich an dem Obal auf der

Vorderseite und an der hellbraunen Farbe — sogenannte Bilderrahmen-Rote — sollen von den Reichsbanknoten bis zum 31. Januar 1922 und von den Reichsbanknoten in Berlin noch bis zum 31. Juli 1921 eingelöst werden.

Berlin, 24. November. Zweijährige.

Table with 5 columns: Zehnjährige, Zwanzigjährige, Dreißigjährige, Vierzigjährige, Fünfzigjährige. Rows include various professions and their counts.

Gegenbuchführer für Girokasse, im Sitzen gründlich erfahren und nicht unter 24 Jahren, für 1. Januar 1922 gesucht.

Kanzlist(in), gewandt in Gabelsbergerischer Stenographie und Maschinenschriften, für sofort, spätestens ab 2. Januar 1922 gesucht.

Älterer Verwaltungsanwärter für Spar- und Girokasse alsobald gesucht. Besoldung nach Gruppe V, Ortsklasse 1 St. D.

Für unsere Kanzlei suchen wir zum sofortigen Eintritt einen Beamtenanwärter. Derselbe muß mit dem gesamten Kanzleidienst völlig vertraut sein.

An der hiesigen Verbandsschule soll Ostern 1922 vorbehaltlich ministerieller Genehmigung eine hauptamtl. Lehrerin für Haushaltungswirtschaft, evtl. Handarbeit und Garten, angestellt werden.

In Wittweida ist die Niederlassung eines Arztes erwünscht. Der Ort hat über 2600 Einwohner, ist Sitz einer Verbandskrankenkasse; auch ist passende Wohnung vorhanden.

Die Stelle des berufsmäßigen Gemeindevorstandes ist am 1. Januar 1922 zu besetzen. Besoldung Gruppe 8, Ortsklasse D.

Für die hiesige Gemeinde wird zum Eintritt für 2. Januar 1922 1 Klassenassistent gesucht.

Gemäß § 244 des Handelsgesetzbuches geben wir hierdurch bekannt, daß Herr Hofrat Stadtrat Richard Kammeitzer in Dresden infolge Ablebens aus dem Ausschusse unserer Gesellschaft ausgeschieden ist.

Wasserstände der Elbe und Moldau. 23. Nov. -32 -68 -39 +28 +56 -48 -195. 24. Nov. -30 -72 -40 +26 +56 -50 -196.

Markenfrei Niederschles. Bahnschacht-Koks. 5948 nicht nur für Zentralheizungen, sondern auch für Zimmer- u. Küchenheizung geeignet.

M. Seliger Gesellschaft mit beschränkter Haftung Dresden, Freiburger Str. 32. Fernspr. 14524.

August Förster Flügel. August Förster Edle Tonfülle Solideste Bauart Höchste Preise August Förster Waisenhausstr. 8 Centraltheater-Passago.

Tageskalender. Freitag, 25. Novbr. - Staatstheater. Opernhaus. Zweites Synchronkonzert (Reihe A).

Familiennachrichten. Serlob: Hr. Debo Wünsche mit Fr. Mary-Eise Dür in Leipzig; Hr. stud. jur. Ferdinand Peterjen in Basel mit Fr. Friedel Rote in Leipzig.

Der Hochdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Hochdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various notices and advertisements.

